



WASSER

Österreichs wichtigste
Ressource für Standort
und Umwelt



JOURNALISMUSPREIS

Marina Delcheva erhielt
Milan Frühbauer-Preis

Seite 4



OBERÖSTERREICH

Vollkaskostaat – Österreich braucht
mehr Wirtschaftsliberalismus

Seite 12

KAPITALMARKT

CEO der Wiener Börse
im Interview

Seite 4

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

Montenegro: Präsident Milatović über wirtschaftspolitische Reformen

„Montenegro dürfte das nächste Land sein, das der EU beitrifft“, sagt Jakov Milatović im Interview. Für Österreich biete das „erhebliche Vorteile“. Der Präsident Montenegros war für einen Austausch mit Vertretern der österreichischen Industrie im Haus der Industrie zu Gast.

Wie würden Sie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Montenegro und Österreich beschreiben?

Jakov Milatović: Österreich hat seit 2006 mehr als 700 Millionen Euro in unser Land investiert und gehört damit zu den zehn wichtigsten Investoren. Einige dieser Unternehmen haben sich zu tragenden Säulen unseres Finanz- und Dienstleistungssektors entwickelt und dabei jene Werte gelebt, die notwendig sind, um unser Unternehmensumfeld und unsere Unternehmenskultur zu stärken. Montenegro dürfte das nächste Land sein, das der EU beitrifft. Aus österreichischer Perspektive bieten sich durch Nearshoring und Investitionen in ein Partnerland erhebliche Vorteile.

Wie entwickelt sich die Wirtschaft in Montenegro und welche Maßnahmen müssen aus Ihrer Sicht ergriffen werden?

In den vergangenen drei Jahren hat Montenegro ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum erlebt – eine bemerkenswerte Leistung angesichts des

erheblichen BIP-Rückgangs im Jahr 2020; der größte Rückgang in Europa. So wurde beispielsweise unsere Steuerlast auf Löhne und Gehälter umfassend reformiert. Diese und weitere Maßnahmen haben dazu geführt, dass wir nun eine der niedrigsten Steuerbelastungen für Gehälter in der Region haben, mit nur 21 Prozent Steuer auf den Mindestlohn, die graduell auf bis zu 32 Prozent für höhere Einkommen ansteigt. Nachdem wir ein günstiges Steuersystem haben, konzentrieren wir uns nun auf einen soliden Rechtsrahmen, um ausländische Direktinvestoren (ADI) anzuziehen. Im Jahr 2022 waren wir hinsichtlich der ADI im Verhältnis zum BIP unter den zehn größten Volkswirtschaften der Welt. Dies unterstreicht das Vertrauen ausländischer Investoren in unsere Wirtschaft.

Montenegro verhandelt seit 2012 mit der EU über einen Beitritt. Wie würden Sie den aktuellen Stand der Gespräche bewerten?

Fast ein Jahrzehnt lang waren wir die

Champions der EU-Integration. Anstatt den Enthusiasmus zu verlieren, sind wir entschlossener denn je, die notwendigen Reformen durchzuführen, um der EU bis 2028 beizutreten. Besonders im Bereich der Demokratisierung unserer Gesellschaft haben wir erhebliche Fortschritte gemacht. Die politische Atmosphäre ist nun entspannter, Wahlen sind nicht mehr eine Frage von Leben und Tod. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir unsere Verpflichtungen bis 2028 erfüllen können. Wir appellieren auch an die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten, uns zu unterstützen und die Türen offen zu halten.

Wie sehen Sie die aktuellen geopolitischen Verschiebungen und wie positioniert sich Montenegro in diesem Zusammenhang?

Es ist offensichtlich, dass es Kräfte gibt, die Interesse an der Destabilisierung der Region haben. Wir können aber ein solches Risiko in Montenegro minimieren, indem wir unsere Beziehungen zu



Jakov Milatović und Georg Knill

westlichen Partnern in der NATO und durch Investitionen in unsere Institutionen stärken. Generell bin ich der Überzeugung, dass Montenegros Beitritt zur EU für die Stabilität der gesamten Region von entscheidender Bedeutung ist. Er wird ein positives Signal an andere Nachbarländer senden, aber auch an die Ukraine und an Moldawien.

Österreichs Exportwirtschaft neu denken

Die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas ist gefährdet – gerade in Zeiten wie diesen braucht es bestmögliche politische Rahmenbedingungen, um internationale Chancen zu nutzen.



Karin Exner-Wöhler ist CEO der SAG und leitet den IVAusschuss für Europa & Internat. Märkte.

Österreich ist eine stark exportorientierte Volkswirtschaft. Allein der Export sichert 1,2 Millionen Arbeitsplätze im Inland und erwirtschaftet jeden vierten Steuer-Euro. Die aktuellen Entwicklungen geben jedoch zunehmend Anlass zur Sorge: Hohe Inflation bzw. Energiepreise, eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten in der EU (43,6 Prozent) sowie mehrere globale Konfliktherde tragen dazu bei, dass das Umfeld für die österreichische Exportwirtschaft deutlich schwieriger geworden ist. Die Auswirkungen sind bereits spürbar, Österreich fällt in internationalen Wettbewerbsrankings immer weiter zurück.

Die Industriellenvereinigung lud daher im März zu einem Expertenaustausch.

Gemeinsam mit Bundesminister Magnus Brunner wurden die notwendigen Rahmenbedingungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas diskutiert.

Die Expertinnen und Experten waren sich einig: Es muss rasch gehandelt werden, um die heimische Wettbewerbsfähigkeit wieder zu stärken. Gefordert wurden europäische Strategien und klare politische Entscheidungen im Bereich der Industriepolitik, um gemeinsam industrielle Strukturen aufzubauen und europäischen Problemen gemeinsam zu begegnen.

Schließlich, so die Expertinnen und Experten, müsse allen klar sein, dass Freihandel ein wesentlicher Bestandteil der Strategie

zur Stärkung der österreichischen Exportwirtschaft ist. Regierung, Unternehmen, Länder und Europa müssten gemeinsam daran arbeiten, günstige Handelsbedingungen zu schaffen und den Zugang zu internationalen Märkten zu erleichtern.



IV lud zum Austausch mit Magnus Brunner



SPATENSTICH FÜR HTL IN CHIȘINĂU

Das neue HTL-Projekt in Moldau stellt für Österreich einen Anknüpfungspunkt zum Bildungs- und Wirtschaftsstandort der Zukunft dar.

IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren vollzog Anfang März gemeinsam mit Bundesminister Polaschek den Spatenstich für eine neue HTL für Elektronik und Technische Informatik in Chișinău (Republik Moldau). Die Schulgründung ist der erste große Meilenstein der vom Bildungsministerium verkündeten Strategie für die österreichischen Auslandsschulen. Österreichische Unternehmen können sich weiter am Aufbau der Schule beteiligen und damit Beziehungen zu diesem aufstrebenden Arbeits- und Absatzmarkt aufbauen, u. a. durch größere und kleinere Spenden im Rahmen des Schulbaus und zukünftig mit Stipendien und Praktika für die HTL-Schülerinnen und -Schüler.

Zuerst die Arbeit, dann das Verteilen – nicht umgekehrt!

Eine letztlich abgelehnte sozialpolitische Deklaration der EU macht wohl eine Klarstellung notwendig: Unternehmerische Freiheit sorgt für Fortschritt, Wachstum und Wohlstand. Das ist die Basis für soziale Sicherheit, nicht umgekehrt.



Man sollte meinen, dass es ein leicht verständliches Prinzip ist: Zuerst muss der Wohlstand erwirtschaftet werden, bevor man darüber nachdenken kann, wie man ihn verteilt. Offenbar gibt es aber nicht nur regelmäßig Missverständnisse darüber, wie durch Fortschritt, Innovation und Leistung Wohlstand geschaffen wird. Selbst das simple Prinzip, dass nur verteilt werden kann, was vorher erarbeitet wurde, scheint immer öfter vergessen zu werden. So geschah es, dass EU-Institutionen unter Führung der belgischen Ratspräsidentschaft Mitte April eine Deklaration mit sozialpolitischen Maßnahmen vorgelegt haben, bei der sich Menschen mit Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge nur wundern können. Österreich hat diese in der belgischen Parkanlage „La Hulpe“ vorgelegte Erklärung übrigens nicht unterzeichnet.

Die Ratserklärung kommt mitten in einer angespannten konjunkturellen Lage – in Österreich sind wir immer noch in einer

rezessiven Situation –, in der Europa massiv an Wettbewerbsfähigkeit verliert und jene Industrieunternehmen, die können, Produktionen an andere Standorte verlegen. Kurzum: Das Erwirtschaften von Wohlstand war schon einmal einfacher. Dass man der Deklaration angesichts dieser Realität nun Folgendes entgegenhalten muss, ist gelinde gesagt unangenehm: Dass eine Erhöhung der Sozialausgaben und strengere Arbeitsgesetzgebung automatisch zu mehr Wohlstand führen, ist schlichtweg falsch. Im Gegenteil: Es braucht dazu – bei einem klaren rechtlichen Rahmen – so viel unternehmerische Freiheit wie möglich. Es braucht keine neuen Steuern, sondern Anreize zu entsprechendem Lohn für mehr Leistung, es braucht fairen Handel mit verlässlichen Partnern und Stolz auf erfolgreiches Unternehmertum! Das ist die Basis für Lebensqualität und soziale Sicherheit, und nicht umgekehrt.

Ich erinnere an dieser Stelle an das Ziel der EU-Kommission, die bürokratische

Belastung um 25 Prozent zu senken – das ist ein mehr als sinnvoller Schritt. Statt täglich viele Tausende Seiten Berichte, Informationen und ausgefüllte Formulare zu produzieren, sollten sich Unternehmen auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Umso ärgerlicher ist es, wenn in einer solchen Erklärung Verschärfungen von Richtlinien angedacht sind, die sich eben erst in der Umsetzungsphase befinden, und mit diesen neuen Ideen die bürokratische Belastung noch weiter erhöht würde. Das betrifft beispielsweise die Entgelttransparenzrichtlinie, deren Effekte derzeit erst abzuwarten sind, die gemäß der Erklärung aber um eine ambitionierte Gleichbehandlungsstrategie ergänzt werden sollte. Damit nicht genug, wird vorgeschlagen, Sozialinvestitionen im Rahmen der EU-Fiskalregeln als Ausnahme zu behandeln – auf die Idee, dass das eine offene Gefährdung der Tragfähigkeit der Staatshaushalte darstellt, ist offenbar niemand gekommen. Vielleicht wird das dann in einer dringend notwendigen Erklärung zur

Wirtschaftsbildung erörtert – ob mit einer solchen zu rechnen ist, ist leider fraglich. Die EU braucht dringend einen Realitycheck und kann nicht nur ideologische Träumereien bedienen; die Bedeutung der EU-Wahl als wichtige Weichenstellung kann man gar nicht genug betonen.

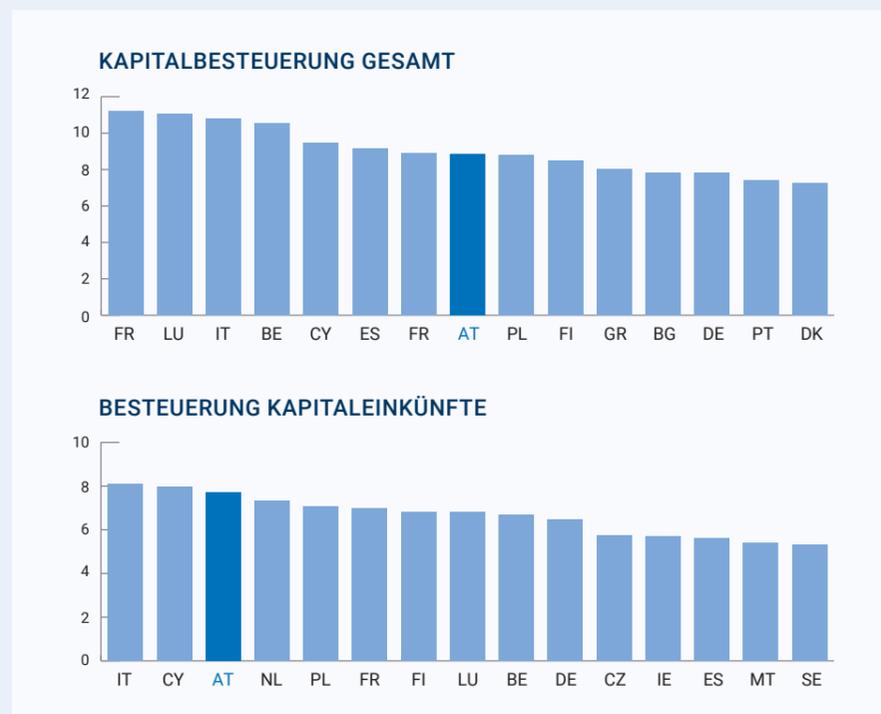
Um mit Hoffnung zu schließen: Die „La Hulpe“-Erklärung wurde trotz massiven Drucks nicht unterzeichnet und der sogenannte „Letta“-Bericht zum Binnenmarkt zeigt in die richtige Richtung: mehr Wettbewerbsfähigkeit, weniger Bürokratie. Womöglich zeichnet sich ein Kurswechsel in Europa ab. Es ist auch höchst an der Zeit!

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

In der Debatte um Vermögensteuern wird gerne die OECD-Statistik vermögensbezogener Steuern herangezogen, in der sich Österreich im letzten Viertel der 37 Länder befindet. Dabei wird ein wichtiges Detail übersehen: Diese Statistik berücksichtigt die in Österreich im Abtausch gegen die abgeschaffte Kapitalertragsteuer eingeführte Kapitalertragsteuer nicht. Und auch in anderen Ländern spielen klassische Vermögensteuern in dieser Statistik kaum eine Rolle – den größten Anteil hat dort die Grundsteuer, die in Österreich vergleichsweise niedrig ausfällt. Betrachtet man die Steuern auf Kapitaleinkünfte, landet Österreich mit einer Quote von 7,7 % des BIP deutlich über dem EU-Schnitt und auf Rang 3 in der EU (siehe Grafik) – wenn man die Grundsteuer und sonstige vermögensbezogene Abgaben berücksichtigt, liegt Österreich bei der gesamten Kapitalbesteuerung mit 8,8 % des BIP noch auf Platz 8 in der EU.



Zahl des Monats

2.242

So viele Patente wurden 2023 beim Österreichischen Patentamt angemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr mit 2.231 Patenten verzeichnet Österreich einen leichten Anstieg an heimischen Erfindungen. Als innovativstes Bundesland positionierte sich Oberösterreich mit 506 Patenten, gefolgt von der Steiermark (458) und Wien (348). Besonders fleißige Patentanmelder waren der Grazer Automobilzulieferer AVL List (211), der Möbelbeschlägerhersteller Julius Blum (82) und der Gleisbaumaschinenhersteller Plasser & Theurer (31).

Österreich gehört gemessen an der Erfinderdichte in vielen Bereichen zur Weltspitze. Bei der Anzahl der Patente pro 1.000 Einwohner ist Österreich beispielsweise in der Bahnindustrie weltweit führend und in der Automobilindustrie auf Platz fünf.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Nermina Tičević, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkö, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/Pelzl, IV-Salzburg/Kuttner, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/Land Tirol/Fitsch, IV-Vorarlberg/AdobeStock, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Erste Verleihung des Journalismuspreises der Industrie

Innovative Beiträge und herausragende Journalistinnen und Journalisten wurden erstmals am Schwarzenbergplatz geehrt.

Am 8. April erlebte das Haus der Industrie in Wien eine Premiere: Die Verleihung des Journalismuspreises der Industrie – ein neu ins Leben gerufener Preis zur Würdigung exzellenter Leistungen im Bereich des Wirtschaftsjournalismus. Christoph Neumayer, Generalsekretär der IV, erklärte das Ziel des neuen Preises: „Es ist uns ein Anliegen, mit diesem Preis die Qualität und Relevanz des Wirtschaftsjournalismus hervorzuheben und diejenigen zu ehren, die durch ihre Arbeit einen bedeutenden Beitrag zur öffentlichen Debatte und demokratischen Meinungsbildung leisten.“

Die Preisträgerinnen und Preisträger
In der Kategorie „Print, Online & Interview“ gab es gleich zwei Gewinner: Georg Renner gewann mit „Die große Wette“, erschienen in „DATUM“, für seine umfassende Analyse der grünen Transformation, und Aloysius Widmann überzeugte mit „Der Wohlstand freier Nationen: Warum freie Gesellschaften reicher sind“, erschienen in der Tageszeitung „Die Presse“, für die tiefgründige Untersuchung der Beziehung zwischen Demokratie und Wohlstand.

Die Dokumentation „Aufgeputscht – die irre Welt von Red Bull“ von Diana Löbl und Peter Onneken, ausgestrahlt auf RTL Plus, wurde in der Kategorie „TV &

Radio“ für ihre beeindruckende Recherche ausgezeichnet.

Für ihre Fähigkeit, komplexe historische und wirtschaftliche Zusammenhänge verständlich zu machen, wurden Jeannine Hierländer und Madlen Stottmeyer mit „Von Armut und Reichtum“, erschienen in der Tageszeitung „Die Presse“, in der Kategorie „International“ gewürdigt.

Auch in der Kategorie „Newcomer“ wurden zwei Eulen vergeben: Die erste ging an Laura Franz für „Erfolgskonzept Familienbetrieb“, ausgestrahlt im ORF-Wirtschaftsmagazin Eco, hervorgehoben für ihre detaillierte Beleuchtung österreichischer Familienbetriebe. Livia Steiner und Jonas Binder holten sich mit „Fürstenfelder Schnellstraße: Von der ersten Vision bis zum letzten Kilometer der S 7“, erschienen in der „Kleinen Zeitung“, für ihre ansprechende Aufbereitung eines regionalen Infrastrukturthemas ebenfalls ihre Eule ab.

Der Milan Frühbauer-Preis (und mit ihm der Titel „Wirtschaftsjournalistin des Jahres“) ging an Marina Delcheva-Glantschnigg, Wirtschaftsressortleiterin bei „profil“. Sie berichtet seit Jahren kompetent und nach höchsten journalistischen Standards über wirtschaftspolitische Themen.



Marina Delcheva-Glantschnigg und IV-Generalsekretär Neumayer



Die „Eule“ wurde zum ersten Mal vergeben



Die ersten Preisträgerinnen und Preisträger des Journalismuspreises der IV

Rahmen für Vermögensaufbau muss verbessert werden

Christoph Boschan ist CEO der Wiener Börse und analysiert im Interview die Ergebnisse des Aktienbarometers 2024.



Christoph Boschan ist CEO der Wiener Börse.

Das Interesse an Wertpapieren und Anleihen nimmt in Österreich deutlich zu. Das aktuelle Aktienbarometer hat ergeben, dass 27 Prozent der Österreicher Wertpapiere besitzen – im Jahr davor waren es noch 25 Prozent. Wie bewerten Sie das?

Christoph Boschan: Das zeigt, dass die Wertpapierveranlagung längst kein gesellschaftliches Randphänomen mehr ist und die Menschen ihre Altersvorsorge verstärkt in die eigene Hand nehmen. Positiv hinzu kommt, dass das Potenzial noch nicht ausgeschöpft ist: 21 Prozent der Personen, die aktuell noch keine Wertpapiere besitzen, haben Interesse daran, in solche zu investieren.

Wie kann die Kapitalmarktoffensive Wertpapierbesitz sowie digitale und ökologische Transformation fördern?

Die Rahmenbedingungen für den privaten Vermögensaufbau müssen verbessert werden. Ausgangspunkt ist eine fundierte, der breiten Bevölkerung zugängliche Finanzbildung. Mangelndes

Finanzwissen ist für viele Menschen der Hauptgrund, warum sie auf ein Wertpapier-Investment verzichten. Eine Verankerung in den Lehrplänen ist daher immens wichtig. Ein weiterer wichtiger Hebel liegt auf steuerlicher Ebene, Stichwort Kapitalertragsteuer. Die Österreicherinnen und Österreicher investieren ihr bereits versteuertes Arbeitseinkommen in Unternehmen, die für ihre Gewinne Körperschaftsteuer abführen. Auf diese körperschaftbesteuerten Gewinne fällt dann bei der Dividendenausschüttung oder der Realisierung von Kursgewinnen nochmals eine Kapitalertragsteuer von 27,5 Prozent an. Das ist eine massive Steuereskalation und Benachteiligung der privaten Vorsorge. Die Wiedereinführung einer Behaltfrist für Wertpapiere, wie sie auch im Regierungsprogramm steht, ist also längst überfällig. Für eine erfolgreiche digitale und ökologische Transformation brauchen wir privates Kapital, der Staat allein wird das nicht finanzieren können. Staaten mit gut

entwickelten Kapitalmärkten werden schneller, nachhaltiger und mit höheren Wachstumsraten in eine CO₂-neutrale Zukunft transformieren.

Wie können mehr österreichische Unternehmen an die Börse gebracht werden?

Auch hier spielen die Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle, die gesamtwirtschaftlichen wie die politischen. Es muss dringend eine Entbürokratisierung stattfinden. Sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene fehlen eine strategische Vision und quantifizierbare Ziele für den Kapitalmarkt. Gleichzeitig verlieren wir zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den globalen Mitbewerbern, insbesondere den USA. Um die Kapitalmärkte der Mitgliedstaaten zu stärken – und damit Börsengänge in Europa zu fördern –, müssen die Liquiditätspools substanziell vergrößert werden. Damit das gelingt, braucht es eine Abstimmung der Pensionssysteme auf den Kapitalmarkt.

Aktuelles in Kürze

Vorlesetag im Haus der Industrie: Mehr als nur Geschichten

Im März fand zum zweiten Mal der Vorlesetag für Kinder im Haus der Industrie statt.

Vorlesen hat eine bedeutende Wirkung auf die Entwicklung des persönlichen Interesses am Lesen. Studien zeigen, dass Kinder, denen regelmäßig vorgelesen wird, nicht nur früher anfangen zu lesen, sondern auch ihr ganzes Leben lang gerne lesen. Beispielsweise berichtet die deutsche „Stiftung Lesen“, dass Kinder, denen täglich vorgelesen wird, eine fünfmal höhere Wahrscheinlichkeit haben, zu Viellesern zu werden, als Kinder, denen nicht oder selten vorgelesen wird.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Rolle des Vorlesens bei der Entwicklung von Sprachfähigkeiten. Laut einer Studie des National Literacy Trust (UK) verbessert regelmäßiges Vorlesen die Sprachkenntnisse von Kindern deutlich, was wiederum ihre allgemeine Lesebereitschaft und -fähigkeit steigert. Diese Kinder verfügen über einen

um 40 Prozent größeren Wortschatz im Vergleich zu jenen, denen seltener oder gar nicht vorgelesen wird.

Darüber hinaus beeinflusst das Vorlesen die kognitive Entwicklung. Laut einer Studie der American Academy of Pediatrics können Kinder durch regelmäßiges Vorlesen schon im Vorschulalter komplexe Strukturen und höhere Denkprozesse verstehen. Das stärkt ihre Konzentrationsfähigkeit und Kreativität. Aufgrund der vielen Vorteile des Vorlesens für die kognitive, sprachliche und emotionale Entwicklung und weil Lesen einfach Freude macht, unterstützt die IV den Vorlesetag nun schon das zweite Jahr. Neben unterhaltsamen Geschichten, u. a. aus MINTmausen mit Bakabu und einer Trockeneis-Show genossen die Volksschulkinder am 21. März im Haus der Industrie köstliche Erfrischungen.



Schülerinnen und Schüler waren am Vorlesetag im Haus der Industrie zu Gast

IV-Sparringprogramm für Aufsichtsrätinnen geht in die dritte Runde

Die IV unterstützt künftige Aufsichtsrätinnen beim Sprung in ihre neue Aufgabe.

Wie können wir den Anteil an Frauen in Aufsichtsgremien erhöhen? Dieser Aufgabe stellt sich das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ besonders praxisnah und erzielt damit bereits erste Erfolge.

In dem Programm bilden erfahrene Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräte ein Tandem mit potenziellen Aufsichtsrätinnen und unterstützen sie in persönlichen Treffen beim Sprung in

ihre künftige Aufgabe. Derzeit läuft das Programm bereits im dritten Durchgang und der Erfolg gibt ihm recht: Seit Beginn vor rund zwei Jahren haben Teilnehmerinnen bereits sechs Aufsichtsratsmandate angenommen und weitere Gespräche sind am Laufen. Der dritte Durchgang ist im April mit insgesamt 22 Tandem-Paaren gestartet und läuft bis Februar 2025. Die Idee stammt von IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, die auch Schirmherrin des Programms ist.

Um die Abwicklung kümmert sich Jana Raith, stellvertretende Bereichsleiterin im IV-Bereich Bildung & Gesellschaft.

In dem Programm kommen Elemente aus dem Mentoring zum Einsatz und werden mit ausgesuchten Vernetzungs- und Reflexionsformaten wie etwa Workshops kombiniert. Aus dem Mentoring wird die 1:1-Beziehung zwischen den beiden Partnern in den Mittelpunkt gestellt und die Entwicklung eines

vertrauensvollen wechselseitigen Austauschs gefördert. Beide Seiten bauen ein tragfähiges Netzwerk mit Führungskräften und zukünftigen Führungskräften auf.

WEBTIPP

Alle Absolventinnen des Sparringprogramms finden Sie unter: sparringprogramm.at

Grundlagenforschung in Österreich weiter vorantreiben

Im Rahmen des „think.beyond Summit“ des FWF diskutierten Expertinnen und Experten über zukünftige Fördermöglichkeiten für exzellente Forschung aus Österreich.

Am 14. März fand die Dialogplattform „think.beyond Summit“ des Österreichischen Wissenschaftsfonds FWF zur Zukunft der Grundlagenforschung statt. Nationale und internationale Expertinnen und Experten erörterten, wie Österreich auch weiterhin exzellente Forschung hervorbringen kann. Anschließend wurden die im Rahmen der Exzellenzinitiative geförderten Emerging-Fields-Projekte vorgestellt.

In einer Breakout-Session diskutierten Ruth Breu (Universität Innsbruck und Spin-off-Gründerin), Gabriel Felbermayr (WIFO), Christoph Neumayer (IV) und Matthias Weber (AIT) unter der Moderation von Christof Gattringer (FWF). Zentrales Thema war, wie herausragende Ergebnisse der Grundlagenforschung rascher in international erfolgreiche Produkte und

Dienstleistungen transferiert werden können und wie hierzu die Kooperation zwischen Wissenschaft und Industrie gestärkt werden kann. Wichtig ist, die Anwendbarkeit in der Grundlagenforschung mitzudenken und Forschung und Innovation als kontinuierlichen Prozess zu sehen. Christoph Neumayer fordert eine Forschungs- und Technologieoffensive der nächsten Bundesregierung und ein starkes EU-Forschungsrahmenprogramm.

Eine weitere Podiumsdiskussion widmete sich der Bedeutung von philanthropischem Engagement von Unternehmen und Privatpersonen für den Forschungsstandort Österreich. Dabei wurden Unternehmergeist der Top-Forschenden, interdisziplinärer Austausch und die Stärkung der Kooperation von Wissenschaft und Gesellschaft gefordert.

HTL-Talente als tragende Säule

„IV Round Table HTL“: HTL-Absolventen sind das Rückgrat der heimischen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Industriellenvereinigung ist Fürsprecherin der HTL als Standort-USP in Österreich. Nie war die Technischule wichtiger als heute: Ohne HTL-Talente gäbe es keine österreichische Industrie, wie wir sie kennen. Nicht umsonst hat die IV – neben der Unterstützung der Schulgründung in Moldau – in ihrem umfassenden Programm „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ für die HTL als einzigen Schultyp eigene konkrete Maßnahmen formuliert.



HTL-Leistungsschau im Haus der Industrie

Die IV lud auch erneut zum „IV Round Table HTL“, um die Zukunft dieses Schultyps zu erörtern. IV-Präsident Georg Knill diskutierte mit dem Generalsekretär des Bildungsministeriums Martin Netzer und HTL-Direktorensprecher Wolfgang Bodei sowie Vertretern der HTL-Schulen, der Bildungsdirektionen und der IV-Landesgruppen. Als ein zentrales Thema erwies sich der bedarfsgerechte Ausbau der HTL im Rahmen des „+ 20% MINT“-Graduierenziels der Bundesregierung, wofür die HTL auch stärker zur „Schule der Mädchen“ werden soll. Der Wettbewerb um Schülerinnen und Schüler, die neuen Lehrpläne, die Zukunft der HTL-Abendschulen und das Gewinnen von Quereinsteigern aus der Industrie als pädagogisches Fachpersonal waren weitere Diskussionspunkte. Die IV wird den Dialog zur Stärkung der Erfolgsmarke HTL weiter fortsetzen.

WEBTIPP

Mehr zu „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ unter: www.beste-bildung.at

ÖSTERREICHS WICHTIGSTE RESSOURCE FÜR STANDORT UND UMWELT

Wasser ist ein wesentlicher Produktions-, Standort- und Wettbewerbsfaktor für die österreichische Industrie. Mit einer tiefgreifenden Analyse zum „Standortfaktor Wasser“ wirft die Industriellenvereinigung ein Schlaglicht auf die heimische Wasserwirtschaft.

Österreich ist ein wasserreicher Standort. Ob als sauberes Trinkwasser für die heimische Bevölkerung, als Kühlwasser für die Industrie oder als Bestandteil der Energieerzeugung: Österreich genießt die Vorteile einer ausgezeichneten Wasserversorgung. Jedoch stellen klimabedingte Veränderungen auch den Wasserhaushalt in Österreich vor neue Herausforderungen. Aus diesem Grund hat sich die Industriellenvereinigung zu einer Neuauflage des Positionspapiers „Standortfaktor Wasser“ entschlossen – mit dem Ziel, die volkswirtschaftliche Bedeutung der Ressource Wasser hervorzuheben und die Auswirkungen auf die Industrie unter Berücksichtigung des Klimawandels darzustellen.

Wasser in der Industrie

Die gute Nachricht: Der Wasserhaushalt Österreichs wird sich bis 2050 nicht wesentlich verändern. Derzeit entfallen rund 70 Prozent des heimischen Wasserbedarfs auf die Industrie, wobei der tatsächliche Verbrauch aufgrund einer effizienten Kreislaufführung im einstelligen Prozentbereich liegt. Die industrielle Nachfrage nach dieser Ressource wird sich in den nächsten 25 Jahren nicht wesentlich ändern. In den Sektoren Landwirtschaft, Dienstleistungen sowie Wasserversorgung wird mit einem steigenden Bedarf gerechnet. Ein bewusster und verantwortungsvoller Umgang mit der Ressource Wasser ist daher wichtiger denn je. Dazu gehören auch Maßnahmen, die die Verbraucherinnen und Verbraucher zu einem sorgsamem Umgang mit Wasser motivieren, damit auch die Bevölkerung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Wasserversorgung in Trockenperioden leisten kann.

Volkswirtschaftliche Bedeutung

Wasser hat in Österreich auch wirtschaftlich eine große Bedeutung: Die Wasserwirtschaft hat mit 454.000 Beschäftigten und einem Produktionswert von 122 Mrd. Euro volkswirtschaftlich ein Gewicht, das mehr als 16 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung entspricht. Die Industrie ist daher bestrebt, die Versorgungssicherheit in Österreich auch für die kommenden Jahrzehnte zu gewährleisten. Dazu sind in der Wasserpolitik in Österreich, aber auch auf EU-Ebene strategische Weichenstellungen notwendig.

Notwendige Maßnahmen

„Österreich ist bereits gut auf die Herausforderungen durch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ressource Wasser vorbereitet und für die Zukunft gewappnet. Wasser ist auch eine zentrale Säule auf dem Weg zur Dekarbonisierung unseres Wirtschaftsstandorts. Um die Potenziale weiter zu heben, braucht es rasche Genehmigungsverfahren für standortrelevante Projekte – so gewinnen Standort und Umwelt“, sagt Georg Schöppl, Vorstandssprecher der Österreichischen Bundesforste und Leiter der IV-Fokusgruppe Wasser. Insbesondere die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für den Bau und die Instandhaltung von Wasserkraftwerken seien zentrale Forderungen.

Die Industriellenvereinigung positioniert sich für die Versorgungssicherheit und Leistbarkeit der Ressource und dafür, dass die nachhaltige Verfügbarkeit von Wasser auch in Zukunft sichergestellt werden kann. „Um den Fortbestand dieser wertvollen Ressource auch in Zukunft zu garantieren, müssen wir nun die entsprechenden Weichen stellen. Unter anderem braucht es auf europäischer Ebene einen Blue Transition Fund, um Investitionen in die europäische Wasserversorgung zu bündeln und die Kräfte zu fokussieren“, erklärt Schöppl weiter. Der Blue Transition Fund soll auf EU-Ebene als zentrale Anlaufstelle für Wasserinvestitionen dienen, zudem soll er Unterstützung für widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltiges Wassermanagement sowie für die Forschung zu bzw. Einführung von wassereffizienten Technologien bieten. So sollen Investitionen den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur in der gesamten EU fördern.

Entlastung des Trinkwasserverbrauchs

Doch nicht nur die quantitative Verfügbarkeit, sondern auch die Qualität des Wassers ist für die heimische Bevölkerung und die produzierende Industrie von großer Bedeutung. Die Industrie fordert daher Investitionen in die Sanierung und das Monitoring der Wasserversorgungssysteme, um die Wasserqualität auch in Zukunft auf hohem Niveau zu halten. Nach wie vor wird in Österreich Trinkwasser zum Autowaschen, Rasensprengen oder auch für die Toilettenspülung verwendet – um den Trinkwasserverbrauch in diesen Bereichen zu reduzieren, fordert die Industriellenvereinigung unter anderem effektive Systeme für ein verstärktes Regenwassermanagement.

„Rund 30 Prozent der EU-Bevölkerung waren in den letzten Jahren von einer angespannten Wasserversorgungslage betroffen. Als Industrie bekennen wir uns klar zu einer nachhaltigen Nutzung der wertvollen Ressource Wasser. Die kostengünstige und sichere Verfügbarkeit der Ressource Wasser ist imperativ für den Produktionsstandort Österreich, zentraler Standortvorteil und unabdingbar für die Erreichung ambitionierter Klimaziele“, hält Peter Koren, IV-Vizegeneralsekretär, fest.

WEBTIPP

Hier geht's zum Download der Broschüre „Standortfaktor Wasser“



„Wasser ist ein wichtiger Wettbewerbsvorteil“

Warum ist die Ressource Wasser nicht nur für die Bevölkerung, sondern insbesondere für den heimischen Industriestandort von Bedeutung?

Georg Schöppl: In Österreich denken wir bei Wasser sofort an unser ausgezeichnetes Trinkwasser. Die Qualitäten dieser Ressource gehen aber weit darüber hinaus und sind für die Industrie ein entscheidender Standortvorteil: ohne Wasser kein Strom, kein Stahl, keine Mikroelektronik, keine Chemie, kein Papier und viele andere Produkte aus zahlreichen Industriesektoren. Wir haben in Österreich viel Wasser, und das in ausgezeichneter Qualität – für den produzierenden Bereich ist es essenziell, dass das so bleibt. Die Industrie arbeitet deshalb intensiv an einem sauberen, nachhaltigen und effizienten Wasserkreislauf. Wir sehen immer stärker den Impact des Klimawandels auf die Ressource Wasser, und deshalb ist es jetzt bedeutend, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Immer öfter treten Extremwetterereignisse in den Vordergrund der medialen Berichterstattung. Wie viel Wasser haben wir in Österreich und wofür nutzen wir das nasse Element?

In Österreich machen einzelne Gewässer regelmäßig mit besonders niedrigen

Pegelständen Schlagzeilen. Das bedeutet aber natürlich nicht, dass dem Land das Wasser ausgeht. Im Gegenteil: Österreich ist und bleibt ein wasserreicher Standort. Die Verfügbarkeit von Wasser hängt aber von vielen Variablen ab und kann sich regional und nach Jahreszeit stark unterscheiden. Für besonders betroffene Regionen und auch für relevante kritische Infrastrukturen müssen entsprechende Vorsorgemaßnahmen evaluiert werden. Im produzierenden Bereich wird der Wasserbedarf bis 2050 ungefähr gleich bleiben, dafür steigt er in den Sektoren Landwirtschaft, Dienstleistungen und Wasserversorgung. Ein bewusster und verantwortungsvoller Umgang mit der Ressource Wasser ist daher wichtiger denn je.

Im aktuellen Paper der IV ist immer wieder die Rede vom „Standortfaktor Wasser“. Was macht diese Ressource für Unternehmen so attraktiv?

Wasser ist in nahezu allen industriellen Sektoren ein wesentlicher Produktionsfaktor – denken Sie nur an die Kühlung bei der Stahlerzeugung und andere Produktionen, bei denen hohe Temperaturen nötig sind. Wenn diese Ressource kosteneffizient, rechtssicher und planbar verfügbar ist, ist das ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Wenn es um Neuanstellungen oder Betriebserweiterungen geht, kann das ein entscheidender Faktor sein.



Georg Schöppl, Vorstandssprecher der Österreichischen Bundesforste und Leiter der IV-Fokusgruppe Wasser

Was braucht es aus Sicht der heimischen Industrie, um die Ressource Wasser weiterhin nachhaltig am Standort nutzbar zu halten?

Wir müssen uns verstärkt mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Ressource Wasser auseinandersetzen und für die Zukunft planen. Für die produzierende Industrie sind Themen wie Rechtssicherheit, Verfügbarkeit, aber auch Hochwasserschutz wichtig. Für Wasserkraft, den größten Pfeiler der heimischen Stromproduktion, braucht es schnellere Genehmigungsverfahren. Um die Wasserversorgung langfristig abzusichern, muss die Sanierungsquote höher sein und die Infrastruktur modernisiert und ausgebaut werden. Und nicht zuletzt: Österreich produziert international gefragte Wassertechnologie – mit einer Exportoffensive könnten wir am Weltmarkt noch erfolgreicher sein.



Maximilian Mauthe (IV), Georg Schöppl und IV-Vizegeneralsekretär Peter Koren bei der Präsentation von „Standortfaktor Wasser“

Expertenmeinung von WOLFGANG HAIDINGER

MINT: Schaffen wir die Nachwuchssicherung in Zukunftsberufen?

Drei von vier Technologie-Leitbetrieben in Österreich leiden seit Langem unter Personalproblemen, in Technik und Produktion, in der IT sowie in Forschung und Entwicklung. Die Luft wird dünn im Innovationsbereich.

Fachkräftemangel ist ein Thema, das die breite Öffentlichkeit erst seit der Coronakrise intensiver beschäftigt – in der Industrie ist der Mangel an Innovationsnachwuchs allerdings seit Jahrzehnten ein „Dauerbrenner“. Drei von vier Technologie-Leitbetrieben leiden seit Langem unter Personalproblemen, in Technik und Produktion, in der IT sowie in der Forschung und Entwicklung. Und diese Relation bleibt über die Jahre erstaunlich stabil, auch in der Finanz- oder der Coronakrise war keine wesentliche Entschärfung der Personalprobleme festzustellen. Bislang gelingt es uns in Österreich nur unzureichend, die Jugend für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) zu begeistern. Die Nachfrage nach MINT-Talenten überwiegt das Angebot bei Weitem, der Standort ist

mit einem systemischen Qualifikations-Mismatch konfrontiert.

Die Folgen sind gravierend. Schon heute fehlen der Industrie rund 40.000 MINT-Talente, vom Lehrlingsabsolventen bis zur Uni-Graduierten. Bis 2030 werden nochmals weitere 60.000 MINT-Jobs in Schlüsseltechnologien zu besetzen sein, die „Luft wird also dünn“ im Innovationsbereich. Dabei sind wir gerade erst ins Technologiezeitalter eingetreten: Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, Cybersecurity, Weltraumtechnologie, Energie- und Mobilitätssysteme, Recycling oder auch immer stärker die militärische Forschung – nur wer die Technologie beherrscht, bestimmt die Zukunft, ist Herr bzw. Herrin über den eigenen Wohlstand, die Lebensqualität und über die Sicherheit der Gesellschaft.

Doch Technologie fällt nicht vom Himmel, sie wird von Menschen gemacht, die dafür brennen, mit MINT-Kompetenzen an den Lösungen für die Probleme von morgen zu arbeiten.

Was kann man also tun? Wie schaffen wir die Nachwuchssicherung in Zukunftsberufen? Wir werden uns viel stärker als bisher engagieren müssen, Mädchen und Frauen für den MINT-Bereich zu begeistern. Wir können uns nicht mit 25 % Frauenanteil in MINT-Berufen zufriedengeben. Die „MINTality“-Stiftung oder die MINT-Girls-Challenge steuern hier bereits gegen. Doch auch Standortstärken müssen deutlicher in den Fokus rücken – dazu gehört zweifelsohne die HTL, eine Schulform, um die Österreich international beneidet wird und die es endlich auszubauen gilt. Wir werden



Wolfgang Haidinger ist Experte im IV-Bereich Forschung, Technologie & Innovation.

aber auch neue Ansätze verfolgen müssen: Der „Werkunterricht“ muss unter seinem neuen Branding „Technik und Design“ zu einem MINT-Drehscheibenfach im schulischen Fächerkanon ausgebaut werden. Und es gilt, die „Kraft der vielen“ zu mobilisieren und in regionalen Initiativen zu bündeln. Diese MINT-Regionen machen MINT zum begeisterten Erlebnispfad vom Kindergarten bis zum Beruf. So geht kein Talent verloren. Und so sichert Österreich seine Zukunftsfähigkeit.

Aktuelles in Kürze

Mit „Technik und Design“ zu den Schlüsselkompetenzen von morgen

Die Neuauflage des Praxishandbuchs „Technik. Design. Werken.“ soll helfen, den Werkunterricht zu einem Schulfach voller Inspiration, Tatendrang und Faszination für Technik zu machen.

Digitalisierung, Robotik, Raumfahrt, intelligente textile Werkstoffe: Die Bedeutung von Technik steigt in allen Lebensbereichen. Es gilt daher, die Jugend mit jenen Kompetenzen auszustatten, die nötig sind, um sich in dieser technisierten Welt nicht nur zurechtzufinden, sondern sie auch aktiv mitzugestalten. Industriel-

lenvereinigung, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und die Pädagogische Hochschule Steiermark unterstützen dies aktiv und präsentierten die bereits zweite, erweiterte Auflage des Praxishandbuchs „Technik. Design. Werken“ für den schulischen Unterricht. 26 detaillierte Stundenvorbereitungen werden von Beiträgen von 15 Industrie-Testimonials ergänzt, die die hohe Relevanz von „Technik und Design“ in der Berufs- und Arbeitswelt in den schulischen Unterricht spiegeln.

„Wir wollen mithelfen, den ‚Werkunterricht‘ als ‚Technik und Design‘ nun aus seinem Dornröschenschlaf zu wecken, und ihm endlich jene Bedeutung geben, die er verdient: als ein Schulfach voller Inspiration, Tatendrang und Faszination für Technik und Werkstoffe“, so IV-Präsident Knill.

WEBTIPP

Zum Praxishandbuch:
www.technischebildung.at



Zweiter Call für MINT-Regionen ist geöffnet

Knapp 400 Akteure engagieren sich bereits in den MINT-Regionen, um dem Fachkräftemangel im Innovationsbereich entgegenzutreten.

Erst vor wenigen Monaten sind die ersten 14 MINT-Regionen feierlich im Haus der Industrie ausgezeichnet worden, an denen knapp 400 Akteure in ganz Österreich beteiligt sind. Sie sind angetreten, den Fachkräftemangel im Innovationsbereich zu entschärfen und die Wissenschafts- und Technologieskepsis in Österreich abzubauen. Träger und Projektpartner der Leuchtturminitiative sind das Bildungs- und Wissenschaftsministerium, die Industriellenvereinigung, die „MINTality“-Stiftung, der OeAD und die Förderbank aws, bei der ein eigener MINT-Regionen-Service-Hub eingerichtet wurde. Die Initiative gibt Anstoß zur Bündelung regionaler Kräfte, sie unterstützt beim Aufbau und Ausbau der MINT-Netzwerke und sorgt für deren überregionale Sichtbarkeit.

Nun wurde der zweite Call zur Bewerbung um das MINT-Regionen-Qualitätslabel gestartet. Erneut sind Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Technologieunternehmen, Forschungseinrichtungen, Vereine und Gemeinden eingeladen, MINT zur gemeinsamen Mission nach

innen und zum überregional sichtbaren Standortthema nach außen zu machen. In MINT-Regionen können Naturwissenschaften und Technik hautnah erlebt werden, im Kindergarten ebenso wie im Hochtechnologie-Unternehmen. Dadurch soll kein MINT-Talent unentdeckt bleiben. „Mit MINT kann man die Welt verbessern! Das ist die zentrale Botschaft, die die MINT-Regionen antreibt und gleichzeitig die Jugend inspirieren wird“, so IV-Präsident Knill.



INFORMATION

Bewerbungen sind bis 20. Jänner 2025 möglich unter: www.mint-regionen.at

JI-Skiwochenende: Pokal geht an die JI-NÖ/Bgld

Ein herzliches Dankeschön an die JI-Wien für die Organisation des großartigen Wochenendes in Kitzbühel!

Beim Skiwochenende geht es neben Betriebsbesichtigungen, Netzwerken und dem Austausch über aktuelle Herausforderungen vor allem um eines: die Organisation des Skiwochenendes im Folgejahr. Zusätzlich zu den Einzelwertungssiegern gibt es beim traditionellen Skirennen der Jungen Industrie bereits seit mehreren Jahren daher eine Bundesländerwertung.

Verständlicherweise wird das Rennen daher immer von besonderem Ehrgeiz begleitet. Widrigen Wetterverhältnissen zum Trotz haben sich diesmal die Niederösterreicher am tapfersten

geschlagen, sich gegen 80 andere JI-ler durchsetzen können und den Wanderpokal sowie den Geschenkkorb eingeheimst.

Wir freuen uns auf das kommende Skiwochenende (am Semmering?) und wünschen für die Organisation viel Erfolg!

WEBTIPP

Einen detaillierten Bericht zum Rest des Skiwochenendes finden Sie hier:



Widrige Wetterverhältnisse stellten die Teilnehmer dieses Jahr vor eine besondere Herausforderung.



Die JI-NÖ/Bgld sicherte sich den Sieg beim traditionellen Skirennen.

Junge Industrie in Brüssel: Perspektiven zur EU-Wahl

Einblicke in EU-Institutionen und Gespräche mit Entscheidungsträgern prägen die jährliche Delegationsreise.

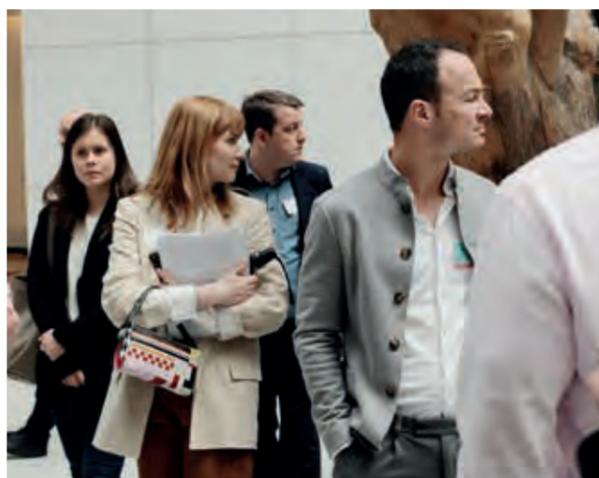
Jedes Jahr geht es für neue und besonders motivierte Mitglieder der Jungen Industrie nach Brüssel. Die diesjährige Reise stand ganz im Zeichen der EU-Wahl, mit Schwerpunkt auf Besichtigungen der EU-Institutionen und Gesprächen mit EU-Experten. Dabei wurden wichtige Fragen beantwortet, darunter zur Funktionsweise der EU, sowie eine Vertiefung des Verständnisses, welche Entscheidungen wir mit unserer Stimme bei der EU-Wahl treffen, erreicht.

Die Reise startete mit einem kleinen Stadtrundgang, gefolgt von einem Abendessen mit einer Begrüßung seitens des IV-Büros in Brüssel. Der nächste Tag begann mit Terminen im Europaparlament. Zuerst informierte Philipp Schulmeister, Direktor für Kampagnen, über aktuelle Trends und Prognosen zur EU-Wahl. Im Anschluss gab es die Gelegenheit, sich mit Othmar Karas, dem Ersten Vizepräsidenten des EU-Parlaments, auszutauschen und mit ihm über aktuelle Themen wie das Lieferkettengesetz und herausfordernde politische Entwicklungen auf EU-Ebene zu diskutieren.

Nach einem Fototermin und einer Führung ging es weiter in die Europäische Kommission. Michael Karnitschnig, Direktor für Außenbeziehungen im Generalsekretariat der Europäischen Kommission, empfing die JI mit einem besonders spannenden Vortrag über globale Entwicklungen und die Position der Union in geopolitischen Konfliktherden. Nach

weiteren Vorträgen von Markus Beyrer, Generaldirektor von BusinessEurope, dem IV-Büro Brüssel sowie einem Stopp in der Ständigen Vertretung mit einem Austausch mit Botschafter Franz Wirtenberger ging das straffe Tages- in ein informelles Abendprogramm über.

Den krönenden Abschluss der Reise machte eine Hafentour in Antwerpen, bei der die JI-Mitglieder Containerschiffe beim Be- und Entladen bestaunen konnten.



Die JI-Mitglieder bei der Besichtigung des EU-Parlaments.



FEINDBILD: ARBEIT

Warum es um mehr als den Lohnzettel am Ende des Monats geht.

Die Arbeitswelt ist im stetigen Wandel. Während wir quer über alle Branchen hinweg einen Arbeitskräftemangel erleben, werden Rufe von Befürwortern der 30-Stunden-Woche immer lauter.

Wenige Jahrzehnte zurückgeschaut sah man Arbeit als moralische Pflicht und als Kernbestandteil der Identität an. Es war Teil eines Selbstverständnisses, einen Teil zur Gesellschaft beizutragen.

Gerne arbeiten zu gehen scheint hingegen aktuell nicht im Trend; stolz auf den eigenen Beruf zu sein gar verpönt. Arbeit ist das notwendige Übel am Weg zur Pensionierung: Wer es sich leisten kann, wählt Teilzeit und ausreichend Auszeiten (Schlagwort „Work-Life-Balance“) als Mittel, um die Zeit dahin zu überbrücken.

Bis zu einem gewissen Grad ist dieses Verhalten auch verständlich – unsere Politik erzieht die Bevölkerung mithilfe des Sozial- und Steuersystems in diese Richtung. Es gilt tatsächlich: Weniger ist mehr. Vollzeitbeschäftigung erhöht die Steuerlast unverhältnismäßig stark, bei geringfügiger Beschäftigung in Kombination mit Arbeitslosenbezüge bleibt – zumindest für einige Zeit – oftmals mehr über als bei 40 Stunden. Arbeit soll und muss gerade deshalb mehr sein als gesellschaftlicher Zwang und Existenzsicherung. Wie schon die Marienthal-Studie zeigte, bietet Arbeit den Menschen Tagesstruktur, hilft bei der besseren Zeiteinteilung und wirkt Einsamkeit und Resignation entgegen.

Und ja, es ist auch Aufgabe von Unternehmen, Arbeit einen übergeordneten Sinn und Zweck zu geben. Es gilt, Talente zu fördern und Menschen Facetten ihrer Persönlichkeit näherzubringen – und sie damit bei der persönlichen Entwicklung zu unterstützen. Diese Aufgabe nehmen wir sehr ernst.

Aufgabe des Staates wäre es hingegen, Arbeitseinkommen massiv zu entlasten. Das ist längst überfällig.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie



Industriekampagne 2024: Der Standort braucht ein Reparaturpaket

400.000 Menschen in Oberösterreich haben ihren Arbeitsplatz in der Industrie und der industrienahen Dienstleistung. Sie benötigen die besten Rahmenbedingungen, weil sie sich im globalen Wettbewerb messen müssen. Handeln wir jetzt, damit unser Industriestandort eine erfolgreiche Zukunft hat! Die IV-OÖ startete dazu am 16.4. eine umfassende Kommunikationsoffensive in klassischen und digitalen Medien unter dem Motto „Wir sind Industrie“.

Der Standort Österreich verliert im internationalen Vergleich aufgrund stark gesteigerter Personal- und Energiekosten sowie überbordender Bürokratie massiv an Wettbewerbsfähigkeit. Österreich steht an einer Weggabelung – die kommenden Nationalratswahlen müssen zu einem umfassenden Reparaturpaket für den Standort führen, das die Steuerbelastung und den bürokratischen Aufwand deutlich reduziert sowie die verbliebenen Stärken wie die duale Ausbildung und die Forschungsförderung weiter stärkt. Die IV-OÖ startete dazu am 16.4. eine umfassende Kom-

munikationsoffensive in klassischen und digitalen Medien unter dem Motto „Wir sind Industrie“, mit fünf Forderungen zu den industriellen Kernwerten:

- **Wir sind Fleiß:** Leistung belohnen. Selbstbestimmung ermöglichen.
- **Wir sind Wettbewerb:** Steuern senken. Bürokratie abbauen.
- **Wir sind Innovation:** Forschung fördern. Wertschöpfung steigern.
- **Wir sind Nachhaltigkeit:** Neue Technologien ermöglichen. Ressourcen schonen.
- **Wir sind Zukunft:** Ausbildung modernisieren. Jugend fördern.



Industriestandort statt Industrie stand dort Die OÖ. Industrie. So bleibt **oben**
Handelt wir jetzt, indem wir Vollzeitstellen, Überstunden und Weiterarbeiten in der Freizeit steuerlich entlasten. Es braucht ein Reparaturpaket für den Standort.
wirerzeugenzukunft.at



Industriestandort statt Industrie stand dort Die OÖ. Industrie. So bleibt **oben**
Handelt wir jetzt, indem wir Steuern und Lohnnebenkosten im internationalen Vergleich senken sowie die Dienstleistung vorantreiben. Es braucht ein Reparaturpaket für den Standort.
wirerzeugenzukunft.at



Industriestandort statt Industrie stand dort Die OÖ. Industrie. So bleibt **oben**
Handelt wir jetzt, indem wir die beste und intensivste Forschungsförderung ausbauen und Investitionen beschleunigen. Es braucht ein Reparaturpaket für den Standort.
wirerzeugenzukunft.at



Industriestandort statt Industrie stand dort Die OÖ. Industrie. So bleibt **oben**
Handelt wir jetzt, indem wir Technologieorientiert und Kreislaufwirtschaft fördern sowie wettbewerbsfähige Energiepreise sicherstellen. Es braucht ein Reparaturpaket für den Standort.
wirerzeugenzukunft.at



Industriestandort statt Industrie stand dort Die OÖ. Industrie. So bleibt **oben**
Handelt wir jetzt, indem wir die Lehrausbildung attraktivieren, MINT-Qualifizierung ausbauen und die Schülerinnern. Es braucht ein Reparaturpaket für den Standort.
wirerzeugenzukunft.at

Europa braucht einen Industrial Deal!

Im Rahmen des ersten „Industrieforums OÖ + NÖ“ bei CNH in St. Valentin diskutierten IV-OÖ-Präsident Stefan Pierer und IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner mit Johannes Hahn, dem EU-Kommissar für Budget und Verwaltung, und der deutschen Journalistin und Bestsellerautorin Nena Brockhaus über die globalen Herausforderungen und Europas Wettbewerbsfähigkeit.

In seiner Keynote vor mehr als 200 Teilnehmern betonte Johannes Hahn die Notwendigkeit einer aktiven Beteiligung und Einflussnahme in der Politik. Die anstehende EU-Wahl im Juni hat höchste Bedeutung für die Zukunft Europas. Insbesondere aufgrund globaler Ereignisse wie der Pandemie und dem Krieg in der Ukraine hat sich die Lage massiv verändert: Europa wurde in den letzten Jahrzehnten mit billiger Energie aus Russland versorgt, von den USA beschützt und konnte nach Asien exportieren. Diese drei Komfortzonen gibt es nicht mehr und Europa muss sich auf die neue Realität einstellen. Hahn fordert für die Zukunft des Kontinents eine verstärkte Zusammenarbeit und Koordination auf europäischer Ebene sowie eine stärkere Einbindung von Wirtschaft und Industrie in politische Entscheidungsprozesse. Er warnte davor, populistischen Losungen zu folgen, die Abschottung und Protektionismus befürworten, und betonte stattdessen die Notwendigkeit einer offenen und internationalen Ausrichtung Europas und des Forcierens von Handelsverträgen mit anderen globalen Playern.

Überbordende Bürokratie und Regulierungswut

„Frau von der Leyen hat den Bürokratieabbau angesprochen. Wir haben aber in den Jahren 2019 bis 2023 über 850 neue Verpflichtungen auf 5000 Seiten bekommen. Die EU ist alternativlos, ein Friedensprojekt und wichtiger Binnenmarkt; vieles aber, was gut gemeint war, wurde schlecht umgesetzt. Ein Beispiel dafür ist das Lieferkettengesetz. Deregulierung und Entbürokratisierung sind dringend notwendig“, betonte IV-NÖ-Präsident Ochsner. „Die Diskussion über Arbeitszeitverkürzungen auf eine 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist völlig realitätsfern. Stattdessen sollte eine Erhöhung der Arbeitszeit auf 41 Stunden bei gleicher Bezahlung diskutiert werden, denn nur so können wir unseren Wohlstand erhalten.“ „Ein gut ausgebildeter Ingenieur in Mattighofen arbeitet 1.650 Stunden. Der gleiche Ingenieur in China arbeitet 2.570 Stunden und verdient um 20 Prozent weniger“, ergänzte IV-OÖ-Präsident Pierer.

EU-Kommissar Hahn erläuterte die Funktionsweise der europäischen Institutionen und unterstrich, dass das EU-Parlament eine weitreichendere Rolle spielen sollte als nationale Parlamente. Bei jedem Gesetzesantrag müssen Mehrheiten unter den Abgeordneten gesucht werden – das unterstreicht die Bedeutung einer aktiven politischen Beteiligung, insbesondere im Vorfeld der Europawahlen. „Die EU sind wir alle und jeder kann seinen Beitrag leisten. Wir müssen uns im Klaren sein, dass es Wohlstand nicht zum Nulltarif gibt. Dafür muss man sich engagieren, aktiv sein und etwas leisten. Diese Grundhaltung muss man in der Gesellschaft wieder stärker verankern“, so Hahn.

Europa braucht einen Industrial Deal

„Es ist keine 70 Jahre her, als uns von den USA der Marshallplan geschenkt wurde. Dieser war nichts anderes als der heutige Inflation Reduction Act. Dadurch ging es mit Europa steil bergauf“, so Pierer. „Die Gesellschaft war leistungsbereit und motiviert, wir hatten günstige Energie und konnten weltweit exportieren.“ Europa, einst weltweit führender Industriestandort, sieht sich heute mit einem deutlichen Rückgang beim Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung konfrontiert. „Europa hatte einen Welt-BIP-Anteil von 25 Prozent, jetzt sind wir bald nur noch bei der Hälfte“, führte Pierer aus. „Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Investitionen gehen an Amerika und Asien verloren. Europa braucht dringend eine Neuorientierung und einen Industrial Deal.“

„Die schleichende Deindustrialisierung hat bereits begonnen – das heißt, in die Standorte hier wird nicht mehr investiert. Selbst der Mittelstand beginnt sich außerhalb von Österreich umzusehen. Das sind Alarmsignale. Wir alle sind bekennende Österreicher; wir alle sind Idealisten, als Unternehmer und Manager. Wir wollen hierbleiben, wir wollen hier die Wertschöpfung sicherstellen – solange es uns möglich ist“, warnte Ochsner abschließend.



ZUSAMMENARBEIT

Das erste „Industrieforum OÖ + NÖ“ war der Startschuss für eine verstärkte Kooperation zwischen Niederösterreich und Oberösterreich.

Mit 27 Prozent an industrieller Wertschöpfung in Oberösterreich und 16 Prozent in Niederösterreich erbringen die beiden industriestarken Flächenbundesländer zusammen 43 Prozent und damit fast die Hälfte der industriellen Wertschöpfung Österreichs. Die oö. und nö. Industrie beschäftigt in der Sachgütererzeugung direkt rund 300.000 und inklusive Bau und industrienahen Dienstleistungen 800.000 Mitarbeiter. Wir sind die industrielle Kornkammer Österreichs und exportieren in die ganze Welt. Die beiden Bundesländer verbinden viele gemeinsame Anforderungen an die industriepolitischen Rahmenbedingungen – beste Voraussetzungen also für eine Intensivierung der Zusammenarbeit der beiden IV-Landesgruppen.

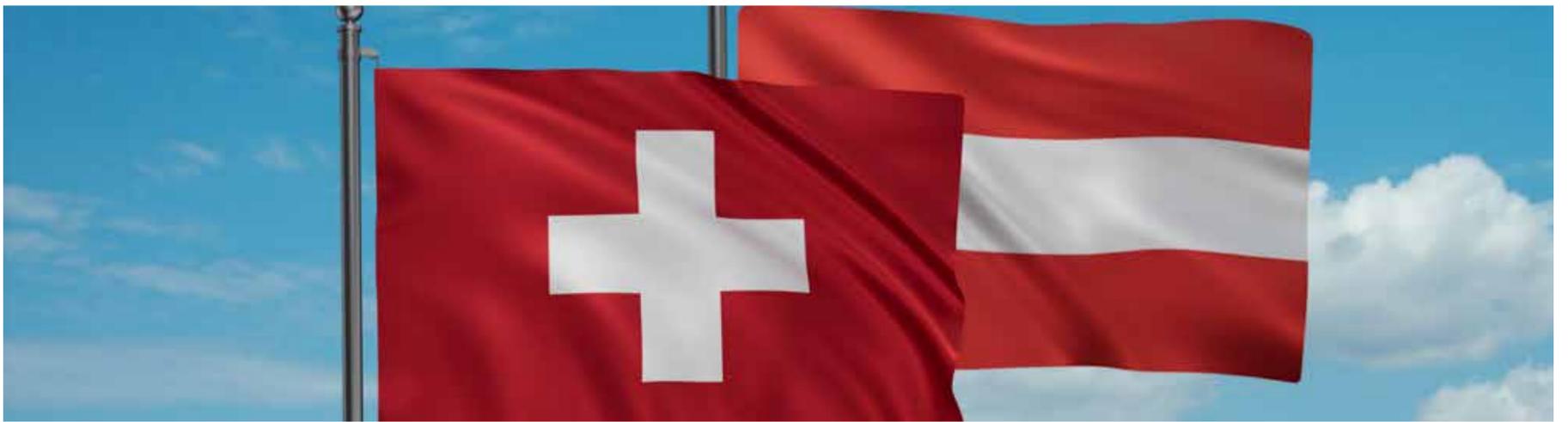
Zusammen mit IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner werden wir unsere Anliegen an den Standort mit voller Kraft und entsprechender Deutlichkeit vertreten. Denn Österreich fällt zurück – im europäischen Vergleich vor allem aufgrund der überhöhten Inflation und der damit verbundenen Kostensteigerungen bei uns; und Europa fällt zurück im Vergleich mit Amerika und Asien wegen massiver Überregulierung. Es ist in Brüssel und Wien noch nicht ausreichend angekommen, wie stark unser Industriestandort unter Druck gekommen ist. Was standortpolitisch in wenigen Jahren möglich ist, zeigt Dänemark, das 2010 auf Platz 13 des IMD-Rankings war (nur einen Platz vor Österreich) und jetzt auf Platz eins aufsteigt, während Österreich auf Platz 24 zurückgefallen ist. Nicht die Konjunktur, sondern die Struktur ist das Hauptproblem Österreichs – die nächste Bundesregierung muss daher ein Standortreparaturpaket vorlegen.

Ziel unserer Zusammenarbeit ist es, Strategien und Maßnahmen für Wachstum, Innovation und vor allem wieder mehr Wettbewerbsfähigkeit für Österreich und Europa zu entwickeln. Denn unser Wohlstand in Österreich wird von der Industrie getragen. Es ist jetzt wichtig zu handeln – unser Standort steht an einer Weggabelung.

Stefan Pierer,
Präsident der IV-Oberösterreich



Nena Brockhaus, Kari Ochsner (Präsident IV-NÖ), Stefan Pierer (Präsident IV-OÖ), Johannes Hahn (EU-Kommissar).



Volkasko-Staat – Österreich braucht wieder mehr Wirtschaftsliberalismus

Im Rahmen einer „Industrie im Dialog“-Veranstaltung im Haus der Industrie in Linz mit dem Titel „Sozialistischer Volkasko-Staat Österreich? Was macht die Schweiz besser?“ diskutierte IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch mit Salinen-AG-CEO Peter Untersperger, Hanno Lorenz, dem stellvertretenden Direktor von Agenda Austria, und Univ.-Prof. Dr. Teodoro D. Cocca darüber, was Österreich von der Schweiz lernen kann und ob es wieder mehr Wirtschaftsliberalismus statt noch mehr Staat geben muss.

Mit einer Staatsquote von deutlich über 50 Prozent und einer Steuer- und Abgabenquote von 43 Prozent ist Österreich eines der am stärksten umverteilenden Länder Europas und der Welt. Insbesondere seit der Coronakrise hat sich das Land noch stärker zur Transferrepublik und zum Volkaskostaat entwickelt.

Univ.-Prof. Cocca präsentierte in seiner Keynote einen ökonomischen Vergleich Österreichs und der Schweiz. Obwohl Österreich flächenmäßig doppelt so groß ist wie die Schweiz und annähernd gleich viele Einwohner zählt, ist das BIP pro Kopf der Schweiz mit 778,1 Mrd. Euro fast doppelt so hoch wie jenes Österreichs mit 447,7 Mrd. Euro.

Mehr Produktivität in der Schweiz

Obwohl die Beschäftigten in der Schweiz im Durchschnitt deutlich höhere Löhne erhalten als in Österreich und obwohl die Lebenshaltungskosten in der Schweiz höher sind, bleibt den Schweizern ein Mehreinkommen übrig. Die Schweiz schöpft ihr Arbeitskräftepotenzial mehr aus als Österreich: Die Schweizer arbeiten im Durchschnitt mehr und generieren pro Arbeitsstunde eine höhere Wertschöpfung. Obwohl sich die durchschnittlich geleistete Zahl an Arbeitsstunden seit dem Jahr 2000 in beiden Ländern reduziert hat (Schweiz rund neun Prozent, Österreich rund 14 Prozent), lässt sich klar sagen: Die Schweizer sind fleißiger als die Österreicher, sie arbeiten mehr und effizienter. Ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Schweiz liegt auch in ihren nachhaltigen Investitionen in Bildung und Forschung: Vergleicht man die ETH Zürich (ca. 22.000 Studenten) mit der Johannes Kepler Universität Linz (ca. 23.000 Studenten), so steht der ETH ein Gesamtbudget von 1,8 Mrd. CHF zur Verfügung, der JKU von nur 300 Mio. Euro. Die Unternehmensfreundlichkeit der Schweiz, geprägt von einer stabilen Rechtsordnung und niedrigen Steuern, zieht internationale Investoren an und begünstigt die Gründung

und Entwicklung von Unternehmen. Die Schweiz hat bessere Rahmenbedingungen inklusive Krankenkassenkosten bei 30 Prozent (Österreich: 43%) und einer Staatsverschuldung bei 40 Prozent (Österreich: 80%). Im Zuge der direkten Demokratie werden in der Schweiz Abstimmungen wie etwa zu sechs Wochen Urlaub, Erbschaftssteuern oder einem bedingungslosen Grundeinkommen abgelehnt – finanzielle Stabilität stärkt das Vertrauen der Investoren und schafft ein günstiges Umfeld für wirtschaftliches Wachstum. Die liberale politische Einstellung der Schweiz, die auf individuellen Freiheiten und einem starken Gemeinwesen-Gedanken basiert, prägt die Wirtschaftspolitik maßgeblich.

Insgesamt stellen die Erfolge der Schweiz das Resultat einer Kombination aus historischen Entwicklungen und aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen dar. Die Schweiz hat ihre Stärken in Bildung, Innovation, Arbeitsproduktivität und einer stabilen Finanzpolitik gefunden. Der Vergleich verdeutlicht, dass der Wohlstand eines Landes nicht nur von historischen Gegebenheiten abhängt, sondern ganz wesentlich auch von klugen Entscheidungen, die in der Gegenwart getroffen werden.

Der stv. Direktor von Agenda Austria, Hanno Lorenz, betonte, dass aufgrund der steigenden Teilzeitbeschäftigung in Österreich die Produktivität sinke. Es fehle in Österreich das Bewusstsein, dass jede Aktion der Umverteilung auch eine Reaktion auslöst; das Geld muss ja irgendwoher kommen.

Salinen-CEO Peter Untersperger kritisierte das geringe Bewusstsein in der Bevölkerung für die Themen Unternehmertum, Wettbewerb und Markt. Das für Österreich typische Unternehmer-Bashing gebe es in der Schweiz nicht. Die Schweiz ist ein calvinistisches Land, dort zählen Arbeit und Leistung als Basis für den Wohlstand des Staats und auch für die finanzielle und wirtschaftliche Sicherheit des Individuums.



Peter Untersperger (Saline AG), Univ.-Prof. Dr. Teodoro D. Cocca, Hanno Lorenz (Agenda Austria), Joachim Haindl-Grutsch (IV-OÖ-Geschäftsführer).

IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch betonte: „Es ist keine Gießkanne, sondern ein Feuerwehrschauch, wie in Österreich Umverteilung organisiert wird.“ Statt noch mehr Sozialtransfers brauche es vielmehr einen „Fahrstuhl nach oben“, also Anreize für den eigenverantwortlichen Aufstieg zu beruflichem Erfolg und Wohlstand. Leistung muss belohnt und nicht bestraft werden. „Wir brauchen wieder eine Chancengesellschaft statt einer Umverteilungsgesellschaft – ohne Wettbewerb kein Wohlstand!“

Cocca betonte abschließend die Wirksamkeit einer Schuldenbremse, um den Ball von den Entscheidungsprozessen der Politik wegzunehmen. Die Schweizer Regierung zeigt, dass eine Schuldenbremse sehr wohl funktioniert, wenn man sie so ausgestaltet, dass sie hält und nicht selbst zum Spielball der Politik wird. Zur Wirtschaftsbildung an den Schulen kritisierte er, dass das wenige Wissen, das jetzt transportiert wird, an eine sehr wirtschaftsfeindliche Haltung gekoppelt sei. Und das sei noch wesentlich schädlicher als die Wissensfrage. Zukunft braucht Herkunft: Was Wohlstand ist und woher er kommt, müsse viel stärker erklärt werden.

LÄNDERVERGLEICH

SCHWEIZ		ÖSTERREICH
41.285 km ²	Fläche	83.883 km ²
778,1 Mrd. €	BIP (2022)	447,7 Mrd. €
8,9 Mio.	Bevölkerung (2023)	9,2 Mio.
6,8 % des BIP (44,2 Mrd. €)	Corona-Hilfen	11,0 % des BIP (40,9 Mrd. €)
0	Anti-Teuerungs-Pakete	7,1 % des BIP (31,7 Mrd. €)

Wettbewerbsranking (2023)

Platz 3	World Competitiveness Ranking	Platz 24
Platz 3	Global Innovation Index	Platz 18
Platz 2	Index of Economic Freedom	Platz 23
Platz 4	Global Sustainable Comp. Index	Platz 8